

## PRESSEMITTEILUNG

Berthold Busch

### Brexit gefährdet Lieferketten

**Ein harter Brexit würde die Wirtschaft auf beiden Seiten des Kanals stark treffen, zeigt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in einer Studie. Vor allem die weit verzweigten Lieferketten deutscher Schlüsselindustrien könnten leiden.**

Die Produktion von Gütern wird immer internationaler: Einzelteile für Flugzeuge oder Autos überschreiten häufig zahlreiche Landesgrenzen, bis sie zu einem fertigen Produkt zusammengesetzt werden. Viele deutsche Industrieunternehmen sind auf solche Vorleistungen aus dem Ausland angewiesen – und nicht selten sitzen die Partner in Großbritannien. Allein 2014 lieferten die Briten Vorleistungen im Wert von rund 200 Milliarden Dollar in die EU-Staaten, davon entfielen fast 36 Milliarden auf Deutschland.

Der Brexit gefährdet diese enge Zusammenarbeit oder macht sie durch Zölle und andere Kosten zumindest teurer, sollten sich die Partner nicht auf ein Freihandelsabkommen einigen. Allein die Chemieunternehmen und die Automobilindustrie erhalten jährlich Vorleistungen in Milliardenhöhe aus Großbritannien. In die Gegenrichtung fließen ebenfalls Waren und Leistungen in Milliardenhöhe. Schon geringe Zölle würden die Preise nach oben treiben. „Die komplexen Lieferketten könnten durch den Brexit schlimmstenfalls gesprengt werden“, warnt IW-Wissenschaftler Berthold Busch. Wie eine IW-Rechnung zeigt, sind vor allem die Branchen des sonstigen Fahrzeugbaus – beispielsweise Luft- und Raumfahrzeuge –, der Metallbearbeitung und die Chemieindustrie auf Vorleistungen von der Insel angewiesen. Doch auch im Fahrzeugbau haben britische Zulieferer großen Einfluss auf die deutschen Partner.

„Die deutsche Industrie würde ohne ein Freihandelsabkommen empfindlich getroffen werden“, sagt Busch. Auch auf der anderen Seite des Kanals sieht es nicht besser aus. Zittern müssen dort vor allem die Dienstleistungsunternehmen, die viele Geschäfte mit Deutschland und der EU machen.

Einigen sich die Partner nicht auf zollfreien Handel und möglichst geringe nichttarifäre Handelshemmnisse, könnten die Kosten für die Industrie nachhaltig steigen. Dann könnten auch die Preise anziehen. „Am Ende würden dann auch die deutschen Verbraucher die Zeche zahlen“, sagt Busch.

*Berthold Busch: Produktions- und Lieferverflechtungen zwischen britischen Branchen, der EU und Deutschland; IW-Trends 2/2017*

Ansprechpartner im IW: **Dr. Berthold Busch, 0221 4981-762**

**iW.KÖLN.WISSEN  
SCHAFFT KOMPETENZ.**